

Düsseldorf, 14. April 2011

Gemeinsame Pressemitteilung

EU-Verordnung behindert Recycling

Die BDSV (Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V.) und die Wirtschaftsvereinigung Stahl kritisieren die gerade in Kraft getretene EU-Verordnung, die vorgibt, wann bestimmte Arten von Schrott nicht mehr als Abfall anzusehen sind. „Nach diesen Regelungen sind nur 10 bis 20 Prozent aller Eisen- und Stahlschrotte ohne weitere Maßnahmen produktfähig“, bedauert BDSV-Präsident Heiner Gröger. „Die anderen 90 bis 80 Prozent werden nicht als Produkt, sondern als Abfall behandelt.“

Bei der behördlichen Umsetzung der EU-Verordnung in Deutschland müsse nun darauf geachtet werden, bewährte Recyclingstrukturen nicht zu zerstören, fordert Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. „Die Behörden sollten jetzt praktikable Lösungen finden, die das Recycling fördern und nicht behindern. Nur so kann sich die Verordnung in ein mögliches nationales Ressourceneffizienzprogramm einfügen.“ Stahlschrott ist für die Stahlindustrie der nach Eisenerz zweitwichtigste Rohstoff. Er wird zu neuem Stahl verarbeitet – ohne Qualitätsverlust, sowie mit geringstmöglichen Umwelteinflüssen. Das Stahlrecycling in Deutschland ist mit jährlich rund 22 Millionen Tonnen verwertetem Eisen- und Stahlschrott einer der wichtigsten Recycling-Sektoren.

Die BDSV ist ein bundesweit tätiger Wirtschaftsverband. Sie vertritt die Interessen von über 600 Betrieben, die im Bereich Stahlrecycling und in weiteren Entsorgungssparten tätig sind. Die BDSV ist der größte Stahlrecycling-Verband in Europa. Die Gesamtmitarbeiterzahl der deutschen Stahlrecyclingwirtschaft beträgt ca. 37 000. Der Gesamtumsatz bei der Versorgung der Stahlwerke und Gießereien, einschließlich Ausfuhr, betrug in 2010 ca. 18,0 Mrd. Euro.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 92.000 Mitarbeiter.